

TAGUNG

Europa und das Desintegrationsparadoxon

Annika Havlik*

Ausgangspunkt der „ZEW Public Finance Conference 2019 – The Political Economy of European (Dis)Integration“ ist ein Paradoxon: Obwohl sich die europäische Integration angesichts vieler Schlüsselindikatoren als förderlich sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung als auch für die sozialen Bedingungen in den integrierten Ländern erwiesen hat, ist in den letzten Jahren vermehrt eine Anti-Integrationshaltung zu beobachten. Und obwohl Desintegrationsentscheidungen in vielen Bereichen potenziell mit großen Schäden verbunden sind, gibt es eine zunehmende Unterstützung für verschiedene Arten von Desintegrationsprojekten. Dies gilt sowohl für die europäische Integration als auch für die Integration innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Auf europäischer Ebene ist der Brexit die dramatischste Entwicklung. Der britische Fall steht aber auch für einen allgemeineren Trend, bei dem der Anteil der WählerInnen in den Mitgliedstaaten, die den Vorzügen der (europäischen) Integration skeptisch oder gar feindselig gegenüberstehen, immer größer wird. Auf nationaler Ebene beobachten wir eine Stärkung der secessionistischen Bewegungen in zahlreichen europäischen Ländern: den Färöern in Dänemark, Schottland im Vereinigten Königreich, Flandern in Belgien, Südtirol und Venetien in Italien, Korsika in Frankreich, dem Baskenland und Katalonien in Spanien.

Diese Konferenz befasst sich mit diesem „Desintegrationsparadoxon“. Generell sollte ein fundiertes Verständnis auf Grundlage sorgfältiger Analysen von PolitikwissenschaftlerInnen, ÖkonomInnen, PsychologInnen und der verwandten Disziplinen eine Voraus-

2019 ZEW Public Finance Conference The Political Economy of European (Dis)Integration

Veranstaltet vom ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung und vom Arbeitskreis Europäische Integration (AEI)

Gefördert durch den Sonderforschungsbereich (SFB) 884 „Die politische Ökonomie von Reformen“

2./3. Mai 2019, Mannheim

Political Economy of EU Funds

Chair: Annika HAVLIK, ZEW Mannheim

Paper Givers: Julia BACHTRÖGLER, Austrian Institute of Economic Research (WIFO), Vienna; Ivo BISCHOFF, University of Kassel; Alessandro BORIN, Bank of Italy, Rome

Optimal Taxation

Chair: Christopher LUDWIG, ZEW Mannheim

Paper Givers: Eren GÜRER, University of Frankfurt; Diego D'ANDRIA, European Commission, Joint Research Centre, Seville

International Relations and Corruption

Chair: Katharina NICOLAY, ZEW Mannheim

Paper Givers: Marcel THUM, TU Dresden; Valentin LANG, University of Zurich; Achim VOSS, University of Hamburg

Keynote: Consequences of Forced Migration

Sascha BECKER, University of Warwick, Centre for Competitive Advantage in the Global Economy (CAGE), Coventry

* Annika Havlik, ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim.

setzung für jede umfassende Strategie sein, die die Integration fördern will. Der Schwerpunkt der Konferenz liegt jedoch auf der politisch-ökonomischen Dimension von Desintegrationstendenzen. Vor diesem Hintergrund befasste sich die Veranstaltung nicht nur mit den objektiven Folgen von Desintegrations-schritten (wie dem Brexit oder Sezessionsbestrebungen), sondern auch mit Themen wie Wählerwahrnehmung, Verzerrungen im Urteil, der Rolle von Parteiideologien und Parteienwettbewerb. Diese Themen können wichtige Bausteine für das Verständnis des Desintegrationsparadoxons sein.

Das Hauptthema der Konferenz wurde durch zwei Keynotes renommierter internationaler Wissenschaftler behandelt. Des Weiteren wurden in parallelen Panels je zwei bis drei Forschungspapiere vorgestellt und diskutiert. Die Konferenz findet jährlich statt und widmet sich wechselnden, aktuell in Politik und Wissenschaft diskutierten Themen. Das Hauptthema ist immer im Bereich Finanzwissenschaft angesiedelt, somit beschäftigt sich ein Teil der Beiträge im allgemeineren Sinne regelmäßig mit Fragen zur europäischen Fiskalpolitik und Besteuerung.

Die politische Ökonomie der europäischen Struktur- und Investitionsfonds

Auf dem ersten Konferenzpanel wurden Untersuchungen zu den Effekten der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) auf das Wahlverhalten der BürgerInnen präsentiert. Die ESI-Fonds unterstützen in erster Linie Projekte, die nachhaltig sind und Arbeitsplätze schaffen. *Julia Bachtrögl* findet in einem ersten Schritt heraus, dass EU-Gelder die Beschäftigung in französischen Firmen erhöhen, und untersucht im zweiten Schritt, wie sich diese effektive Allokation auf die Wahlergebnisse der Präsidentschaftswahl in Frankreich 2017 auswirkt. Sie stellt fest, dass dies den Stimmenanteil Marine Le Pens (Front National, heute Rassemblement National) negativ beeinflusste. Im Gegensatz dazu kann *Ivo Bischoff* im Kontext

European Identity, Trust and Democracy

Chair: Daniela STEINBRENNER, ZEW Mannheim

Paper Givers: Galina KOLEV, RheinMain University, Wiesbaden and German Economic Institute, Cologne; Christian OCHSNER, CERGE-EI, Prague and University of Zurich; Tommy KRIEGER, University of Konstanz

Behavioural Responses to Taxation

Chair: Zareh ASATRYAN, ZEW Mannheim

Paper Givers: Zareh ASATRYAN, ZEW Mannheim; Christian WITTNEBEN, University of Munich and ifo Institute, Munich; Kaetana LEONTJEVA, King's College London

Selection and Behaviour of Politicians

Chair: Theresa BÜHRLE, ZEW Mannheim

Paper Givers: Thushyanthan BASKARAN, University of Siegen; Nils WEHRHÖFER, University of Mannheim; Matteo GAMALERIO, University of Barcelona, Institut d'Economia de Barcelona

Populism

Chair: Verena DUTT, ZEW Mannheim

Paper Givers: Gianmarco DANIELE, Bocconi University, Milano; Konstantinos MATAKOS, King's College London

Fiscal Policy and Voting

Chair: Sebastian BLESSE, ZEW Mannheim

Paper Givers: Bruno CAPRETTINI, University of Zurich; Sebastian BLESSE, ZEW Mannheim; Catarina ALVAREZ, Nova School of Business and Economics, Lisbon

Lobbying and Political Alignment

Chair: Leonie FISCHER, ZEW Mannheim

Paper Givers: Jörg STAHL, Católica Lisbon School of Business & Economics, Lisbon; Vítězslav TITL, KU Leuven; Matthias QUINCKHARDT, University of Heidelberg

Attitudes towards Immigration

Chair: Leonardo M. GIUFFRIDA, ZEW Mannheim

Paper Givers: Diego CORTÉS, IEA Hamburg; Horst ENTORF, University of Frankfurt; Moritz MARBACH, ETH Zurich and Immigration Policy Lab, Zurich; Martin LANGE, ZEW Mannheim

polnischer Bürgermeisterwahlen nachweisen, dass EU-Gelder nicht zu höheren Wiederwahlchancen führen. *Alessandro Borin* beschäftigt sich mit der Frage, inwiefern der Kohäsionsfonds euroskeptische Haltungen und die Unterstützung antieuropäischer Parteien in 15 EU-Ländern hervorbringt, und stellt einen negativen Zusammenhang fest.

Optimale Besteuerung

Im Bereich der optimalen Besteuerung analysiert *Eren Gürer* die Implikationen des Preisanstiegs von Gütern des täglichen Bedarfs. Er zeigt, dass unter bestimmten Annahmen der optimale Steuertarif grundsätzlich unverändert bleibt und Haushalte mehr arbeiten. *Diego d'Andria* untersucht steuerpolitische Effekte in einem durch Mikrosimulation kalibrierten Modell heterogener Agenten und kommt zu dem Schluss, dass politische Veränderungen auf Haushalte mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Alter verschiedene Wirkungen haben können.

Internationale Beziehungen und Korruption

Marcel Thum präsentierte ein theoretisches Modell, mit dem er strategische Intransparenz in internationalen Verhandlungen untersucht. Das Modell zeigt, dass die Verschleierung des Nutzens eines Abkommens dazu führt, dass beide Parteien einen positiven Nutzen erzielen und trotz Informationsasymmetrie eine effiziente Lösung erreicht wird. Einer anderen Form der Intransparenz ging anschließend *Valentin Lang* in seinem Vortrag nach: Konkret untersucht er, ob und in welchem Maße sich in umfassenden historischen Daten zum Wahlverhalten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Evidenz für einen Zusammenhang zwischen „vote buying“¹ und bilateralen Hilfen bzw. Krediten des Internationalen Währungsfonds (IWF) finden lässt. Die Ergebnisse stützen die Hypothese, dass USA-konformes Wahlverhalten durch mit

Corporate Taxation

Chair: Barbara STAGE, ZEW Mannheim

Paper Givers: Jan MÖHLMANN, CPB Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis, The Hague; Sarah GODAR, Charles University, Prague and Berlin School of Economics and Law, Berlin; Michael KOGLER, University of St. Gallen; Olli ROPPONEN, VATT Institute for Economic Research, Helsinki

Euro Area Reform

Chair: Florian BUHLMANN, ZEW Mannheim

Paper Givers: Nicolas CARNOT, European Commission, Brussels; Mathias DOLLS, ifo Institute, Munich; Mustafa YETER, German Council of Economic Experts, Wiesbaden; Matthias WEBER, University of St. Gallen

Keynote: Crisis in Europe: Why Europeans Should Be Less Pessimistic

Andrew MORAVCSIK, Princeton University, Princeton

Fiscal Federalism

Chair: Justus NOVER, ZEW Mannheim

Paper Givers: Sebastian SIEGLOCH, ZEW Mannheim and University of Mannheim; Yannick BURY, Walter Eucken Institute, Freiburg

VAT and the Formal Sector

Chair: Albrecht BOHNE, ZEW Mannheim

Paper Givers: Albrecht BOHNE, ZEW Mannheim; Dimitri SZERMAN, University of Mannheim; Effrosyni ADAMOPOULOU, University of Mannheim; Orlando ZADDACH, FAU Nürnberg

Fiscal Rules

Chair: Friedrich HEINEMANN, ZEW Mannheim

Paper Givers: Philipp MOHL, European Commission, Brussels; Eckhard JANEBA, University of Mannheim; Désirée CHRISTOFZIK, German Council of Economic Experts, Wiesbaden; Wolf Heinrich REUTER, German Council of Economic Experts, Wiesbaden

1 Sog. Stimmenkauf. Man gibt seine Stimme in einer Wahl einem bestimmten Kandidaten und erhält dafür eine (oftmals monetäre) Entschädigung.

den USA befreundete Staaten mit höheren direkten Hilfen an die befreundeten Staaten durch den IWF belohnt wird, während Zustimmung durch nicht befreundete Staaten mit der Gewährung höherer IWF-Kredite einhergeht. Abschließend stellte *Achim Vofß* ein theoretisches Papier vor, in dem er zeigt, dass es für politische EntscheidungsträgerInnen in manchen Fällen vorteilhaft ist, sich als weniger kompetent auszugeben, um bestechliches Verhalten zu verschleiern.

Konsequenzen erzwungener Migration

In seiner Keynote gab *Sascha O. Becker* zunächst einen Überblick über die ökonomische Forschung zum Thema der „erzwungenen Migration“. Auch wenn das Spektrum der Migrationsmotive vielfältig sei, sei diese Art der Migration vorrangig durch „Push-Faktoren“ motiviert, die das Leben in der bisherigen Heimat nicht länger erlaubten (z.B. Kriege, Vertreibung oder auch Naturkatastrophen). Vertieft ging Becker dann auf seine laufende Forschung zu den Folgen erzwungener Migration auf das Bildungsverhalten dieser Migrantengruppen ein. Kennzeichnend für diese Art der Migration sei oftmals der weitgehende Verlust aller realen Vermögensgegenstände. MigrantInnen mit dieser Grunderfahrung sollten daher einen besonderen Wert auf mobile Aktiva legen. Der wichtigste mobile Vermögensgegenstand sei das durch Bildung erworbene Humankapital. Becker überprüft diese Theorie für die aufgrund der neuen Grenzziehungen erzwungene Ost-West-Migration in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg. Seine Ergebnisse bestätigen die Hypothese: Auch die nachfolgenden Generationen von polnischen ZwangsmigrantInnen verfügten über eine höhere Bildung als relevante Vergleichsgruppen ohne eine solche Vertreibungserfahrung. Er schlussfolgert daraus, dass die Politik heute alles tun sollte, um für Kriegsflüchtlinge gute Bildungsangebote zu schaffen, weil diese in

stärkerem Maße davon Gebrauch machen dürften als andere Migrantengruppen.

Europäische Identität, Vertrauen und Demokratie

In der Session „Europäische Identität, Vertrauen und Demokratie“ stellte *Galina Kolev* ihre Untersuchung des Einflusses politischer und wirtschaftlicher Determinanten auf die Vertrauensbildung von EU-BürgerInnen gegenüber den EU-Institutionen vor. Im Ergebnis zeigt sich, dass das vorhandene Misstrauen auf wirtschaftlichen Faktoren wie auch auf Informationsasymmetrie sowie auf der fehlenden Kenntnis der Bürgerinteressen aufseiten der Institutionen beruht. *Christian Ochsner* zeigte anhand der Wiener Belagerung durch osmanische Truppen und deren Verbrechen, dass weit zurückliegende historische Ereignisse, die in lokalen kollektiven Erinnerungen wie z.B. in Form von Wappen oder Denkmälern oder in Stadtarchiven gespeichert sind, bis heute politische Präferenzen und gruppenübergreifende Gefühle formen können. Anhand eines theoretischen Modells zeigte *Tommy Krieger* einen positiven Zusammenhang zwischen Demokratie und institutioneller Qualität auf. Dieser Effekt werde mit zunehmendem Bildungsniveau der BürgerInnen verstärkt.

Verhaltensreaktionen auf Besteuerung

Die Session beinhaltete drei Vorträge über das Verhalten der SteuerzahlerInnen in Bezug auf ihre Präferenzen für öffentliche Güter, Steuerehrlichkeit und Entscheidungen über das Arbeitsangebot. *Kaetana Leontjeva* entwickelte ein Umfrageexperiment, das zeigt, dass durch die Offenlegung der steuerfinanzierten Kosten öffentlicher Dienstleistungen die Präferenzen für geringere Steuern und Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen bei Angestellten in Großbritannien steigen. *Zareh Asatryan* stellte eine systematische Literaturübersicht aktueller Nudging-Experimente² vor,

2 Nudging bedeutet, gewisse Informationen bereitzustellen, die das Verhalten von Menschen in eine bestimmte Richtung verändern sollen.

welche versuchen, die Steuerkonformität von Einzelpersonen und kleinen Firmen in verschiedenen Teilen der Welt zu erhöhen. Die Ergebnisse zeigen, dass traditionelle Abschreckung wirksam ist, um Steuerhinterziehung einzudämmen. Verhaltensorientiertere Interventionen, die auf die Steuermoral der SteuerzahlerInnen zugeschnitten sind, seien dagegen weniger effektiv. *Christian Wittneben* schätzte anhand von Mikrosimulationsmethoden, die auf europäische Haushaltsdaten angewendet werden, die automatische Stabilisierungsfunktion progressiver Steuern. Er zeigte, dass rund 10 Prozent eines Einkommensrückgangs durch die Stabilisierung des Arbeitsangebots ausgeglichen werden können. Dieser Effekt sei zwischen Ländern der EU heterogen und nähere sich für europäische Länder mit einem proportionalen Einkommensteuertarif dem Wert null.

Selektion und Verhalten von PolitikerInnen

Gegenstand des Panels waren empirische Studien zu den Einflussfaktoren auf das Verhalten von PolitikerInnen sowie deren Einfluss in der Politik. In diesem Kontext überprüfte *Thushyanthan Baskaran* den Einfluss von Politikerinnen auf politische Entscheidungen. Die Ergebnisse aus bayrischen Wahlen zeigen, dass die Wahl einer zusätzlichen Frau (anstatt eines Mannes) in den Gemeinderat nicht nur dazu führt, dass die Ausweitung von öffentlicher Kinderbetreuung begünstigt, sondern auch die Durchsetzungsfähigkeit aller Frauen im jeweiligen Gremium gestärkt wird. *Nils Wehrhöfer* untersucht, wie Bundestagsabgeordnete auf die Einführung von Offenlegungsvorschriften zu ihren Nebeneinkünften reagieren. Für die erste Reform im Jahr 2007, die ein Stufensystem mit der höchsten Stufe ab 7.000 Euro einführt, weisen die Resultate darauf hin, dass die Abgeordneten ihre Nebeneinkünfte sogar erhöhten. Diese Entwicklung werde durch eine zweite Reform 2013, die die höchste Stufe auf 250.000 Euro an hob und damit den Informationsgehalt deutlich stärkte, umgekehrt. *Matteo Gamalerio* beschäftigt sich mit haushaltspolitischen Vor-

schriften und deren Auswirkung auf die Auswahl und Qualität von PolitikerInnen in italienischen Gemeinden. Er kam zu dem Ergebnis, dass das Einschränken des Ermessensspielraums zwar dazu führt, dass Externalitäten innerhalb der Gemeinden verringert werden, dass es aber auch negative Auswirkungen auf das durchschnittliche Bildungsniveau der KandidatInnen hat.

Populismus

Gegenstand dieser Session waren theoretische und empirische Überlegungen zu Populismus und Korruption. *Gianmarco Daniele* untersucht die langfristigen Auswirkungen von Korruption auf das Vertrauen in Institutionen am Beispiel eines „Korruptionsschocks“, der zu Beginn der 1990er Jahre in Italien eintrat. Er zeigt, dass junge ErstwählerInnen, die durch den Korruptionsskandal geprägt wurden, noch heute, 25 Jahre später, deutlich weniger institutionelles Vertrauen haben. *Konstantinos Matakos* entwickelte ein Modell des Wahlwettbewerbs im Kontext von Mehrparteiensystemen. Er zeigt, wie Populismus als Ergebnis von innerparteilichen Verhandlungen entstehen kann. Trotz starker innerer Streitigkeiten würde über die Ablehnung supranationaler Integration der Zusammenhalt gestärkt. Eine weitere Vorhersage des Modells bestehe darin, dass Parteienfragmentierung (als Ergebnis von Parteisplaltungen) und ideologische Polarisierung wahrscheinlicher sind, wenn es weniger Vorteile der Integration sowie weniger politische Beschränkungen gibt.

Fiskalpolitik und Wahlen

Das Panel beschäftigte sich mit den Auswirkungen verschiedener Reformen auf den Wahlerfolg von PolitikerInnen. Zuerst stellte *Bruno Caprettini* eine Untersuchung der politischen Effekte einer großen Landreform in Italien vor, die das Grund Eigentum großer LandbesitzerInnen vergemeinschaftete und in kleinere Parzellen aufteilte. Er zeigte, dass die Reform zu dauerhaften Stimmgewinnen für die Regierungspartei der Christdemokraten

führte. *Sebastian Blesse* präsentierte daraufhin einen Beitrag, der die Wirkung kommunaler Fiskalregeln auf Umverteilungspolitiken, insbesondere in Bezug auf Änderungen in der Progression der Einkommensteuer, analysiert. Die Einführung einer Defizitregel für italienische Gemeinden führe zu höherer Steuerprogression durch durchschnittlich höhere Aufschlagssätze der kommunalen Einkommensteuer für mittlere und höhere Einkommen, nicht aber für niedrige Einkommen. Dieser Effekt könne zusätzlich dadurch erklärt werden, dass höher gebildete LokalpolitikerInnen durch relativ höhere Besteuerung großer Einkommen negative Effekte der Fiskalregel auf ihre Wiederwahlchancen vermeiden können. *Catarina Alvarez* präsentierte eine Studie zu einer Reform zu Grundstückswert-Neubewertungen in Portugal, die zwar die kommunale Grundsteuer betrifft, aber durch die Zentralregierung durchgeführt wurde. Interessanterweise komme es durch die Neubewertungen und die damit verbundene höhere Bemessungsgrundlage zu signifikant höheren Grundsteuereinnahmen, ohne dass Gemeinden die entsprechenden Steuern ändern müssten. Dadurch sinke die Unterstützung der Lokalpolitik durch die örtliche Wählerschaft nicht etwa, sondern steige aufgrund der höheren Steuereinnahmen sogar an.

Lobbying und politische Anpassung

Jörg Stahl quantifiziert in seiner empirischen Arbeit den Wert, der für US-Firmen durch Lobbyismus in der Europäischen Kommission entsteht. Im Falle eines Treffens mit einem/einer VertreterIn der Europäischen Kommission beobachtet Stahl einen positiven Effekt, gemessen anhand der kumulierten abnormalen Eigenkapitalrendite. Darüber hinaus zeigte er, dass Fusions- oder Übernahmeanträge von Unternehmen, welche Kontakt mit KommissarInnen aufnehmen, mit einer um 20 bis 30 Prozent höheren Wahrscheinlichkeit ohne Auflagen genehmigt werden. *Vítězslav Titl* betrachtet, inwieweit politische Vernetzungen zwischen PolitikerInnen und Unternehmen einen verzerrenden Einfluss auf die

Vergabe öffentlicher Beschaffungsprojekte in der Tschechischen Republik haben. Er zeigte, dass 1 Prozent der beauftragten Unternehmen politische Verflechtungen aufweist. Diese Unternehmen wiederum erhielten 2,2 Prozent aller Aufträge (Gesamtwert 6,5 Prozent). Seiner Schätzung zufolge werde für Aufträge an Unternehmen mit politischen Beziehungen im Schnitt ein Aufpreis von 3,8 Prozent bezahlt, der sich nicht in einer entsprechend höheren Qualität niederschläge. *Matthias Quinckhardt* zeigte, dass die Parteizugehörigkeit des/der BürgermeisterIn einen Einfluss auf die Höhe der vom Bund gewährten Transferleistungen für Infrastrukturprojekte hat. Gehörten BürgermeisterIn und Bundesregierung derselben Partei an, falle die Transferleistung im Durchschnitt um 20 Prozent höher aus („Alignment Effect“). Dies schwanke allerdings mit dem Wahlzyklus.

Einstellungen zur Einwanderung

Diego Cortés verwendete Daten aus Slowenien aus den Jahren 2014 bis 2018 (d.h. während und nach der massiven Migration von Syrien über mehrere südosteuropäische Länder nach Deutschland), um zu zeigen, dass die geografische Nähe zu Migrationszentren negative Auswirkungen auf die Einstellung der Einheimischen gegenüber Einwanderung hat, wenn die nationale politische Debatte Migration verteufelt. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass das Ausmaß der Ablehnung in der lokalen Bevölkerung dann davon abhängt, wie umfassend das nächstgelegene Zentrum in der Öffentlichkeit debattiert wird. *Horst Entorf* nutzte die quasi-experimentelle Allokation von AsylbewerberInnen in deutsche Regionen, um den Zusammenhang zwischen einer unerwarteten und plötzlichen Veränderung des Anteils der im Ausland geborenen Bevölkerung und zunehmenden ausländerfeindlichen Hassverbrechen zu messen. Der registrierte Anstieg der Hassverbrechen sei nicht nur in der Größe des Zustroms von MigrantInnen, sondern auch in der Veränderung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung begründet: Gebiete mit einem bisher

geringen Anteil an ausländischen EinwohnerInnen, die nun mit einer massiven Zuwanderung konfrontiert sind, erlebten den stärksten Anstieg an Hassverbrechen. *Moritz Marbach* untersucht, ob die Vorteile einer restriktiven Einwanderungspolitik eher politischer als wirtschaftlicher Natur sind und ob die etablierten Regierungen durch die Umsetzung solcher Politiken einen Wahlkampfvorteil erhalten. Durch ein natürliches Experiment in Deutschland, im Zuge dessen bestimmte Regionen von einer Reform zur Liberalisierung des Arbeitsmarktzugangs für Flüchtlinge ausgenommen wurden, zeigte er, dass der Stimmenanteil der konservativen AmtsinhaberInnen in Regionen mit restriktivem Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge stark zunimmt. *Martin Lange* zeigte schließlich, dass Menschen, die im Sozialismus in Ostdeutschland aufgewachsen sind, bis heute noch weniger positiv gegenüber Einwanderung eingestellt sind als Menschen, die in Westdeutschland aufgewachsen sind.

Unternehmensbesteuerung

Jan Möhlmann betrachtet die geografische Verlagerung von Gewinnen niederländischer Unternehmen durch grenzüberschreitende Dividenden-, Zins- und Lizenzzahlungen auf Basis eines neuen administrativen Datensatzes. Er zeigte, dass Lizenzgebühren, welche meist aus Irland, Singapur und den USA stammen, überwiegend nach Bermuda fließen. *Sarah Godar* schätzt das Ausmaß der Gewinnverlagerung deutscher Tochtergesellschaften multinationaler Unternehmen. Im Gegensatz zur Literatur konstatierte sie ein höheres Maß an Gewinnverlagerung in Niedrigsteuerländern. *Michael Kogler* ging mithilfe eines theoretischen Modells der Frage nach, wie durch Steuerpolitik für Finanzstabilität gesorgt werden kann. Bei steuerlicher Gleichbehandlung von Schulden und Eigenkapital reduzierten sich die Anreize, risikoreiche

Portfolios zu halten. Ebenfalls in einem theoretischen Modell vergleicht *Olli Ropponen* zwei Regelungen, welche die steuerlich absetzbare Zinslast beschränken, um die Gewinnverlagerung multinationaler Unternehmen zu reduzieren. Sein Modell zeigt, dass wohlfahrtstechnisch gesehen in den meisten Fällen eine Regel auf Basis der EBITDA³ einer Regel auf Basis der EBIT⁴ vorzuziehen ist.

Reformen der Eurozone

Das Papier von *Nicolas Carnot* bietet eine Darstellung der fiskalpolitischen Veränderungen im Euroraum seit 1997 und analysiert die Output-Effekte von fiskalischen Veränderungen. Die fiskalischen Veränderungen und deren Effekte seien groß. Die fiskalischen Auswirkungen ergäben sich sowohl aus der diskretionären Politik als auch aus den automatischen Stabilisatoren in ähnlichem Umfang. *Mathias Dolls* lieferte Einblicke in den potenziellen Mehrwert eines Arbeitslosenrückversicherungssystems in der Eurozone, das entscheidend von der Fähigkeit abhängt, eine interregionale Glättung vorzunehmen. Er führte kontrafaktische Simulationen auf der Grundlage von Mikrodaten der Haushalte für den Zeitraum von 2000 bis 2016 durch und stellte fest, dass durchschnittlich 15 bis 25 Prozent der Einkommensverluste, die durch steigende Arbeitslosigkeit in tiefen Rezessionen entstehen, durch interregionale Glättungseffekte absorbiert worden wären. *Mustafa Yeter* bewertete verschiedene Transfermechanismen im Sinne einer Fiskalkapazität, bei denen Zahlungen an die Entwicklung der Arbeitslosenquote gekoppelt sind. Die Ergebnisse legen nahe, dass eine Begrenzung der Mittelübertragungen einen guten Kompromiss zwischen den Zielen der Stabilisierung und der Vermeidung dauerhafter Transfers darstellen könnte. *Matthias Weber* demonstrierte, dass eine Währungsunion nicht als homogene Volkswirtschaft modelliert werden sollte, da die Er-

3 „Earnings before interest, taxes, depreciation and amortization“ – Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände.

4 „Earnings before interest and taxes“ – Gewinn vor Zinsen und Steuern.

wartungen auf Länderebene nicht zwangsläufig mit denen auf Ebene der Währungsunion übereinstimmen. Er findet, dass wirtschaftliche Integration ein wichtiger Faktor für die Stabilität einer Währungsunion ist und Geldpolitik allein die Stabilität nicht sichern kann.

Ein zerfallendes Europa?

In seiner Keynote stellte *Andrew Moravcsik* eine gängige pessimistische Sichtweise auf die EU, wonach diese in ihrem Bestand gefährdet sei, weil sie eigentlich mehr Kompetenzen benötigte, um zu funktionieren, diese aber aufgrund politischer Widerstände nicht erhalte, grundlegend in Frage. Moravcsik hielt dieser Sichtweise entgegen, dass die EU auf zentralen Feldern entgegen der öffentlichen Wahrnehmung bereits mit ihren heutigen Kapazitäten eine sehr erfolgreiche Politik betreibt. Dies gelte etwa im Hinblick auf den globalen Einfluss der EU, der aufgrund vielfältiger Allianzen, einer großen zivilen Macht und nicht zuletzt einer führenden Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit groß sei. Auch die Bilanz in der Sicherheits- und Terrorismusbekämpfung sei gut: Gegenüber den 1970er Jahren sei die Anzahl der Terrorisמוסopfer in der EU stark rückläufig. Ein weiteres Gebiet, auf dem die EU unterschätzt werde, sei ihre Fähigkeit zur Steuerung von Migration: Die effektive Reduktion der Immigration nach der 2015er-Krise belege die Problemlösungsfähigkeit auf diesem Gebiet. Allerdings gebe es mit dem Euro eine wichtige Ausnahme in dieser positiven Gesamteinschätzung. Laut Moravcsik würde niemand nach all den Erfahrungen den Euro ein zweites Mal so einführen, wie dies geschehen ist. Die ungelösten Probleme um stark verschuldete Staaten wie Italien könnten sogar gefährlich für den Fortgang des europäischen Integrationsprozesses werden. Dass der Zustand der EU aber insgesamt viel negativer wahrgenommen werde, als er ist, liege an verschiedenen Mechanismen: Die Medien lebten von der Zuspitzung und Dramatisierung und PolitikerInnen hätten ebenfalls oftmals Anreize, eine Krise drastischer darzustellen, als sie wirklich ist.

Fiskalföderalismus

In der Session zum Thema Fiskalföderalismus präsentierte *Yannick Bury* eine Analyse, welche die Anreize des deutschen Länderfinanzausgleichs für PolitikerInnen, die sich strukturellem Wandel auf Länderebene ausgesetzt sehen, untersucht. Erste Resultate zeigen, dass höhere Transferzahlungen mit weniger Strukturwandel einhergehen, während Wirtschaftssubventionen ansteigen. *Sebastian Siegl* evaluierte die Effekte einer Kapitalsteuer-Subvention für ostdeutsche Firmen nach der Wiedervereinigung. Es seien negative Beschäftigungseffekte als Folge von Subventionskürzungen erkennbar. Auf überregionaler Ebene träten Spillover-Effekte auf, was jedoch nicht auf Sektoren innerhalb einer Region zutreffe.

Mehrwertsteuer und der formelle Sektor

Zum Thema der Stärkung des formellen Sektors befasst sich *Albrecht Bohne* mit einer Reform in Ecuador, welche eine starke Nachfrage nach Quittungen erzeugt, die von der Steuer abgesetzt werden können. Dies führe dazu, dass mehr Selbstständige im formellen Sektor agieren und diese dem Fiskus gegenüber höhere Gewinne angeben. Außerdem machten Unternehmen höhere Umsatz- und Kostengaben in ihren Umsatzsteuererklärungen. In einer eingehenden Analyse brasilianischer Staatsaufträge befasst sich *Dimitri Szman* mit deren Auswirkungen auf beauftragte Unternehmen. Mithilfe einer Methodik, welche auf der teilweise zufälligen Zuordnung von Aufträgen an Unternehmen basiert, werden große positive Umsatz- und Mitarbeiterzuwächse in Unternehmen mit Staatsaufträgen aufgezeigt. *Effrosyni Adamopoulou* stellte eine empirische Studie zum Konsumverhalten von EinwanderInnen in Italien vor. Bestehende Einwanderergruppen aus Rumänien und Bulgarien reagierten auf deren Legalisierung durch die 2007 erfolgte EU-Erweiterung mit einer deutlichen Erhöhung ihrer Konsumausgaben. In seinem Beitrag präsentierte *Orlando Zaddach* eine theoretische und empirische

Analyse, die sich mit der Frage beschäftigt, ob Absatzmöglichkeiten im deutschen Einkommensteuersystem effektiv sind, um Steuerhinterziehung zu vermindern. Dienstleistungsanbieter reagierten durch eine Erhöhung ihres Umsatz-Vorleistungs-Verhältnisses in ihren gemeldeten Umsatzsteuern, was auf vorherige Steuerhinterziehung hindeutet.

Fiskalregeln

In der Session „Fiskalregeln“ präsentierte *Philipp Mohl* eine Untersuchung, inwieweit Regierungen auf Prognosefehler im Haushaltsdefizit reagieren. Im Ergebnis zeigt sich, dass PolitikerInnen Mehrausgaben gerne sofort veranlassen, aber Einnahmeverluste lieber aussitzen. Mithilfe eines theoretischen Modells befasste sich *Eckhard Janeba* mit der Frage, welche Art von Fiskalregeln am besten die Verschuldungsneigung eines/einer PolitikerIn eindämmen kann. Das überraschende Ergebnis ist, dass eine höhere Flexibilität der Regel hilfreich sein kann, um die Kurzfristorientierung des/der PolitikerIn zu korrigieren. *Wolf Heinrich Reuter* bestätigte den Vorzug flexibel gestalteter Regeln: Regeln, die „azyklisch“ sind und somit höhere Defizite im Abschwung erlauben, trügen erfolgreich zu einer stetigeren Fiskalpolitik und einer höheren makroökonomischen Stabilität bei. *Désirée Christofzik* überprüfte die Auswirkung der Einführung kaufmännischer Buchführung („Doppik“) in deutschen Kommunen. Einen

Effekt auf die Haushaltsdefizite kann sie dabei nicht bestätigen. Kommunen in Bundesländern, die „Doppik“ anwenden, verkauften aber offenbar in geringerem Maße Vermögenswerte zur Deckung ihrer Ausgaben.

Hoffnung für Europa?

Auf der „ZEW Public Finance Conference 2019“ wurden verschiedene Ursachen aktueller Entwicklungen hin zu mehr europäischer Desintegration sowie mögliche Lösungsansätze, diesen entgegenzuwirken, diskutiert. Es zeigte sich, dass eine schlechte wirtschaftliche Lage, die unmittelbare Nähe zu MigrantInnen, bestimmte Ereignisse wie z.B. politische Korruptionsskandale sowie eine negative Medienberichterstattung über Immigration die anti-europäische Stimmung verstärken können. Wirtschaftsförderung durch die EU kann die Popularität von europaskeptischen Parteien schmälern. Auch die Investition in Bildung hat positive Auswirkungen sowohl auf die lokale Bevölkerung als auch auf die ImmigrantInnen. Abgesehen von der direkten Unterstützung der Wirtschaft durch die europäischen Struktur- und Investitionsfonds wurden vor allem fiskalische Instrumente zur Stärkung der Mitgliedsländer und der EU insgesamt diskutiert. Darüber hinaus wird die Zukunft der EU oftmals negativer betrachtet, als sie ist: Viele Errungenschaften der EU werden durch Schwarzmalerei der Medien und PolitikerInnen übersehen.

Brexit – Was man jetzt wissen muss



Brexit – And What It Means

Herausgegeben von

Prof. Dr. Stefan Kadelbach, LL.M.

2019, 135 S., brosch., 34,- €

ISBN 978-3-8487-6012-1

(Schriften zur Europäischen Integration und Internationalen Wirtschaftsordnung, Bd. 47)

nomos-shop.de/41990

Der Brexit dominiert die politische Debatte im Vereinigten Königreich Großbritannien und in Europa. Er wirft umfangreiche Fragestellungen juristischer, politischer und wirtschaftlicher Art auf, die in diesem englischsprachigen Sammelband analysiert werden.



Trade Relations after Brexit

Herausgegeben von

Prof. Dr. Friedemann Kainer

und Dr. René Repasi

2019, 415 S., geb., 98,- €

ISBN 978-3-8487-5133-4

nomos-shop.de/39402

Der Austritt Großbritanniens aus der EU stellt die erste Rückabwicklung europäischer Integration dar. Er wird spürbare Auswirkungen auf die Handelsbeziehung mit dem europäischen Kontinent haben. Dieses englischsprachige Buch untersucht die Auswirkungen aus ökonomischer und rechtlicher Perspektive und entwickelt Lösungen, um die Nachteile dieser Trennung zu lindern.

 Nomos
eLibrary www.nomos-elibrary.de

Bestellen Sie im **Buchhandel** oder
versandkostenfrei online unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

 **Nomos**